

Fadegrad



von
Roland Scheck

Sozialkontrolle

Linke und Grüne pflegen ihre Klientel. Preisgünstiger Wohnraum soll den guten Menschen vorbehalten bleiben, die ihr Leben nach den ideologischen Vorgaben gestalten. Dazu wurde das Konzept der autoarmen und autofreien Siedlungen erfunden. Wer in einer solchen Siedlung wohnen möchte, hat als Bestandteil des Mietvertrags die «Vereinbarung Parkplatzverzicht» zu unterzeichnen. Mit dieser Vereinbarung muss der Mieter schriftlich erklären, auf ein Auto zu verzichten. Als Rechtfertigung für autoarmen und autofreies Wohnen wird die 2000-Watt-Gesellschaft vorgeschoben. Natürlich im Wissen, dass die Mobilität nur einen untergeordneten Faktor in Bezug auf den Energiebedarf darstellt. Die wirklich grosse Hebel zur Beeinflussung des Energiebedarfs liegen beim Wohnen und Arbeiten, bei der Produktion von Nahrungsmitteln und Gütern, der Infrastruktur und beim Stromverbrauch. Aber was kümmern die Fakten. Schliesslich dient der 2000-Watt-Artikel in der Gemeindeordnung der Durchsetzung rot-grüner Programmatik. Das Auto soll aus der Stadt verbannt werden und die Wohnsiedlungen – auch wenn durch die Allgemeinheit subventioniert – sollen den eigenen Wählern vorbehalten bleiben.

Nun ist aber ein Fall publik geworden, der die links-grüne Eintracht stört. In der Siedlung Sihlbogen in Zürich-Leimbach ist offenbar ein Mieter aufgefallen, der trotz den Mietbedingungen ein Auto besitzt. Ein Abweichter! Das geht natürlich gar nicht und so hat die Verwaltung dem Autofahrer unverzüglich mit der Kündigung gedroht. Um zu kündigen, muss ein Fehlverhalten nachgewiesen werden. Was zum Schluss führt, dass entweder die Verwaltung oder die Nachbarn den Mietern nachspionieren und Beweise dokumentieren.

Als Helfershelfer und an vorderster Front zur Aufspürung von Autosündern operiert die rot-grüne Stadt Zürich höchstselbst. Die Stadtpolizei gibt den Wohnsiedlungen bereitwillig Auskunft darüber, auf welche Adressen Anwohnerparkkarten für die Blaue Zone ausgestellt sind. Aber auch die Wohnsiedlungen unter sich haben einen Meldedienst etabliert, welcher es erlaubt, Autofahrern auf die Schliche zu kommen. Versucht jemand, einen Parkplatz in einer benachbarten Wohnsiedlung zu mieten, wird dieser an die eigene Verwaltung verraten. Als effektivstes Instrument zur Dekuvrierung von Autofahrern setzen die Wohnsiedlungen aber auf die sogenannte «Sozialkontrolle». Die Verwaltung erwartet von den Mietern, autofahrende Nachbarn zu melden.

Irgendwie beängstigend. Und übrigens, das hier Beschreibung ist keine Orwellsche Vision, geschätzte Leserinnen und Leser, sondern bereits Realität. Eine Realität, die entsteht, wenn SP, AL, Grüne und Grünliberale zusammen die absolute Mehrheit haben.

MASSIVE ERHÖHUNG DER PARKPLATZGEBÜHREN

Zürcher Stadtrat betreibt Wucher!

Die vom Stadtrat verabschiedeten Vorschriften über die Park- und Parkuhrkontrollgebühren sehen unter anderem eine generelle Erhöhung der Parkgebühren um 50 Prozent vor.



Mauro Tuena
Gemeinderat
Fraktionspräsident SVP
Zürich 10

Das ist ein Affront gegenüber der Zürcher Wirtschaft – diese Erhöhung ist schlicht und einfach Wucher.

Gewerbe auf Parkplätzen angewiesen

Unzählige Läden in Zürich und Oerlikon, welche heute schon unter anderem wegen der städtischen Verkehrspolitik stark mit Kundenschwund zu kämpfen haben, sind durch diese vom Zürcher Stadtrat geplante massive Gebührenerhöhung in ihrer Existenz ernsthaft bedroht.

Gemäss einer vom Tiefbaudepartement der Stadt Zürich erhobenen umfangreichen und repräsentativen Studie generiert ein oberirdischer frei zugänglicher Parkplatz in der Zürcher Innenstadt dem lokalen Gewerbe und den Läden einen Jahresumsatz von durchschnittlich 320 000 Franken. Das sind Umsätze, auf welche unser Gewerbe stark angewiesen ist. Mit dieser geplanten Gebührenerhöhung schickt der Stadtrat unzählige Einkaufswillige in die Agglomeration, um ihre Einkäufe zu tätigen. Bezahlbare Parkplätze in der Umgebung von Läden und Betrieben sind für eine gut funktionierende Volkswirtschaft unabdingbar – auch in der Stadt Zürich.

Stadtrat darf an Parkplätzen nicht verdienen

Gemäss dem Kostendeckungsprinzip darf die Stadt Zürich an einem Park-

platz nichts verdienen. Die Gebühren dürfen lediglich die Aufwendungen decken.

Mit dieser Gebührenerhöhung dürfte dieses Prinzip gebrochen sein – einmal mehr werden demokratisch festgelegte Kriterien kalt umgangen. Der erneute massive und zusätzlich ideologisch gefärbte Raubzug auf Portemonnaie der Autofahrer und direkte Angriff auf unser lokales Gewerbe wird die SVP bekämpfen. In einer Zeit, in welcher unzählige KMU-Betriebe ums finanzielle Überleben kämpfen, hat eine solche unverschämte 50-prozentige Gebührenerhöhung massive Folgen auf die Arbeitsplätze in dieser Stadt.

Die SVP wird diese wirtschafts- und gewerbefindliche Massnahme mit dem Referendum und allenfalls gar mit rechtlichen Mitteln bekämpfen.

PREISVERLEIHUNG FÜR WETTBEWERBSTHEORIE

Ein Nobelpreis im Sinne der SVP

Der diesjährige Nobelpreis geht an den französischen Professor Jean Tirole. Die Medien schreiben, dass der Preisträger ein Befürworter von Staatseingriffen sei. Sie freuen sich wohl zu früh.



Martin Bürlimann
Gemeinderat SVP
Zürich 10

Der Professor lehrt an der Universität Toulouse das Fach Industrieökonomik. Es geht um Wettbewerbstheorie und um die Frage, wann Wettbewerb funktioniert und wann nicht. Die Forschungsergebnisse des Professors mögen theoretisch aussehen. Angesichts der Privatisierungen im Telekommunikations- oder im Elektrizitätswesen sind sie brandaktuell und von hoher praktischer Bedeutung. In seinem Lehrbuch Industrieökonomik, welches auch an der Universität Zürich Verwendung findet, beschreibt der Professor neue Elemente wie die Spieltheorie, Offenheit der Märkte

oder Preisgestaltung unter schwierigen Bedingungen. Das Buch ist allerdings recht mathematisch und für Einsteiger nicht geeignet.

Einen perfekten Markt gibt es nur im Modell. In der Realität gibt es viele Formen von Wettbewerb, der auch in verschiedenen Branchen anders ausgestaltet ist. Weiter sind Monopole oder Kartelle Ausdruck von Wettbewerbsversagen. Auch überzogene Managerlöhne und exzessive Abgangsschadigungen sind Ausdruck von Marktversagen. Hier setzt Professor Tirole an: Er hat Modelle und Berechnungen verfasst, wie man aus dem Ruder gelaufene Märkte wieder ins Gleichgewicht bringen kann. Die erste Möglichkeit ist ein Staatseingriff.

Dieser kommt bei Professor Tirole auch vor. Die Medien haben dies gierig aufgenommen und verschiedene Beispiele erwähnt, wie mittels

Staatseingriff ein fehlerhafter Markt korrigiert werden könne.

Nicht nur Staatseingriffe

Die Medien haben jedoch in der bisherigen Berichterstattung weggelassen, dass ein Staatseingriff keineswegs die vorherrschende Massnahme sein muss, wenn Märkte überborden. Noch in den Achtzigerjahren herrschte die Meinung vor, dass das wirksamste Mittel gegen Monopole und ihre überhöhten Preise eine Preisobergrenze sei, welche der Staat mittels Verordnung diktieren soll. Jean Tirole hat nun gezeigt, dass die Staatseingriffe oft mehr schaden als nützen. Preiskontrollen haben Nebenwirkungen: Das aktuelle Beispiel sind die gesetzlich gedeckelten Mietpreise. Dadurch sind jene im Vorteil, die eine verbilligte Wohnung ergattert haben, aber alle anderen sind benachteiligt. Auch sinken als unerwünschter Nebeneffekt mittelfristig die Investitionen in den Wohnungsbau.

Funktionsfähige Märkte

Die Hauptidee des neuen Nobelpreisträgers ist, dass es für jeden Teilmarkt eigene Gesetzmässigkeiten und Besonderheiten gibt. Was für eine Branche sinnvoll ist, kann für eine andere Branche schädlich sein. Es geht in erster Linie darum, dafür zu sorgen, dass die Märkte funktionieren. Das bedeutet aber eben nicht, dass der Staat in den Markt eingreifen soll, sondern eher im Gegenteil: Der Staat soll dafür sorgen, dass Angebot und Nachfrage effizient zueinander finden. Dazu gehört beispielsweise die Eigentumsordnung: Privateigentum und Schutz des Individuums sind zentrale Voraussetzungen. Dies ist auch ein Hauptmerkmal der volkswirtschaftlichen Position der SVP. Märkte führen durch die selbstregulierenden Kräfte von Angebot und Nachfrage bei freier Preisgestaltung zu einem effizienten Ergebnis. Der Staat soll sich vor Eingriffen möglichst hüten; er soll vielmehr sinnvolle Rahmenbedingungen setzen, privates Eigentum definieren und schützen und die Marktteilnehmer ihre Kreativität ausleben lassen. Bei näherer Betrachtung ist der Nobelpreis also nicht im Sinne der Gewerkschaften und der Verwaltung, die nur zu gerne den andern diktieren, was sie zu tun und zu lassen haben. Der Preis geht vielmehr an die Vertreter des freien Marktes. Es ist ein Nobelpreis, der das wirtschaftliche Verständnis der SVP stark unterstützt.

LESERBRIEF

Ebola und Flüchtlingsstrom!

In diesen Sommermonaten sorgte eine Negativschlagzeile für besondere Besorgnis und Unsicherheit: Das Ebolavirus. Noch im August waren sich Ärzte und Experten einig: Die Killerkrankheit würde es mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht bis nach Europa und erst recht nicht in die Schweiz schaffen. Die vergangenen Tage haben uns aber eines Besseren belehrt: Die Situation hat sich merklich verschlechtert. Wie im Sonntags-Blick vom 12. Oktober berichtet wurde: «Ebola steht vor der Haustüre!»

Auch der Fall der spanischen Pflegehelferin, welche sich bei der Arbeit mit dem gefährlichen Virus infiziert hatte, sorgt bei der gesamten europäischen Bevölkerung für Unsicherheit und Angst. Der Virus ist eine reale Gefahr für Europa und für die Schweiz. Prävention ist gefragt. So sollte gerade beim Flugverkehr präventiv gehandelt werden, wie folgendes Beispiel deutlich veranschaulicht: Ein afrikanischer Flüchtling reiste erst nach Frankreich und danach in die Schweiz. Erst an der Kontrolle des Schweizer Zolls teilte er mit, dass ein Verwandter von ihm, mit welchem er in Kontakt stand, an Ebola verstorben sei. Genannter Flüchtling befindet sich derzeit in Quarantäne.

Dieses Beispiel zeigt, wie einfach es für den Virus ist, sich in der Schweiz auszubreiten und zeigt den Missstand in der Prävention zum Schutz des Volkes sehr deutlich auf. Wie eine Beraterin der Swiss mich informierte, werden derzeit am Flughafen Zürich keine präventiven Kontrollen zum Schutz vor Ebola durchgeführt. Wir bitten die Schweizer Behörden, Massnahmen zur verstärkten Kontrolle der Einreisenden aus Afrika und besonders aus Westafrika einzuleiten. Als Vorbildlicher Vorreiter hat Grossbritannien bereits Ebola-Kontrollen am Flughafen eingeführt mit Temperatur-Messung und einem Scanning.

Ebenfalls werden selbige Kontrollen in den Flughäfen von Amerika durchgeführt. Nicht nur das Flughafenpersonal, sondern auch das Bodenpersonal am Strassenzoll sollte darauf geschult werden, präventiv gegen Ebola vorzugehen mit den genannten Kontrollen. Das Volk hat schliesslich die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Allerdings wurde diesbezüglich noch nicht gehandelt. Flüchtlinge kommen zahlreich in die Schweiz, darunter auch viele afrikanische Flüchtlinge. All diese Flüchtlinge können Ebola oder andere Krankheiten mitbringen. Die Fehler aber sind bereits begangen worden. Schliesslich sind schon viele Flüchtlinge in die Schweiz gelangt und warten in den jeweiligen Kantonen auf Aufenthaltsbewilligung. Erst sollten die Kontrolle wegen Krankheiten und der Entscheid über eine Aufenthaltsbewilligung an der Grenze geklärt werden und dann erst dürfen die Flüchtlinge ins Landesinnere kommen. Schliesslich soll uns niemand in der europäischen Union nachsagen können, dass wir unsere Grenzen nicht ausreichend kontrolliert und geschützt hätten!

Mit diesen Präventivmassnahmen würde man keine Panik verbreiten, sondern dem Volk den nötigen Schutz gewährleisten.

Zorica Aurora Maric, Winterthur

Besuchen Sie:
www.hardbrücke-
tram-nein.ch



Raclette-Essen

Samstag, 15. November 2014 ab 19.00 Uhr
(Apéro)
im Schützenhaus Pfungen
(Dorfausgang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite)

Unser beliebtestes und schon zur Tradition gewordenes
Raclette-Essen findet auch in diesem Jahr im Schützenhaus
Pfungen statt.

Markus Heiniger aus Neftenbach wird uns wieder mit einem
exzellenten Raclette verwöhnen, und das legendäre
Dessertbuffet darf ebenfalls nicht fehlen. Ehrengast
Nationalrat Max Binder.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Kosten: CHF 30.00 (Getränke nicht inbegriffen)
inkl. Apéro und Dessertbuffet
Anmeldeschluss: 8. November 2014

Anmeldung Raclette-Essen, Samstag, 15. November 2014

Name, Vorname:

Adresse: Anzahl Personen:

Anmeldung an: Cornelia Amacker, Ebnerstrasse 2, 8413 Neftenbach, Tel. 052 315 23 02
E-Mail: cornelia.amacker@bluewin.ch